



Nueva Nicaragua **Informe**

16. Jahrgang

Sonderheft September 2019

Nr. 175

Die Zivilallianz – im Putschversuch geboren

Wolfgang Herrmann

Am 2. September 2019 berichtete die rechte nicaraguanische Tageszeitung *La Prensa*, dass Vertreter der nicaraguanischen Zivilallianz für Gerechtigkeit und Demokratie nach Washington reist, um sich bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) über den fehlenden Willen Daniel Ortegas, die Krise in Nicaragua zu lösen, zu beschweren.



Foto: Emiliano Chamorro Mendieta, La Prensa

Im August-Sonderheft veröffentlichte *Nueva Nicaragua Informe* die Übersetzung des Artikels von Dick und Miriam Emanuelsson über den Angriff der Terroristen auf *Tu Nueva Radio Ya* in den Tagen des Putschversuchs im

vergangenen Jahr. Unter den Dokumenten befindet sich das Chronogramm der nicaraguanischen Zivilallianz. Wer oder was ist diese Zivilallianz, die als Gegenpart zur Regierung am Nationalen Dialog teilnimmt? Oder teilnahm?

Verfolgen wir den Putschverlauf im vergangenen Jahr. Am 16. April 2018 kündigte die Leitung der Sozialversicherung (INSS) ein Reformgesetz an. Die Beiträge sollten erhöht und die Renten gesenkt werden. Die Bevölkerung ging auf die Straße. Das nutzten die reaktionärsten Kreise der nicaraguanischen außerparlamentarischen Opposition, unterstützt von den reaktionärsten Kreisen Washingtons, um den Aufstand zu wagen.

Am 18. April 2018 zogen Gruppen der bewaffneten Opposition durch die Straßen der Hauptstadt Managua und weiterer Städte des Landes. Sie errichteten Barrikaden, stürmten Verwaltungen der Regierung, der FSLN und Einrichtungen wie *Tu Nueva Radio Ya*, legten Brände, ermordeten und verletzten Polizisten. Die internationale Reaktion setzte die OAS und die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen in Marsch, um die Krawalle zu rechtfertigen und sie in friedliche Demonstrationen umzudeuten.

Am 20. April 2018 rief Präsident Comandante Daniel Ortega, nachdem die Leitung von INSS den Gesetzentwurf zurückgenommen hatte, zum Dialog auf. Am gleichen Tag erklärte der Oberste Rat der Privatbetriebe (COSEP) seine Bereitschaft, am Dialog teilzunehmen. Politische und soziale Organisationen, Studenten und Kanalgegner folgten. Bei den Themen des Dialogs ging es der Opposition bereits nicht mehr um die Reform der Sozialversicherung. Sie wollte andere Themen auf die Tagesordnung setzen, voran den Rücktritt der Regierung Ortega-Murillo und sofortige Wahlen.

Víctor Hugo Tinoco von der Sandinistischen Erneuerungsbewegung (MRS) sagte damals: „Die Krise ist nur durch freie und demokratische Wahlen zu lösen. Die Proteste spiegeln den tiefen Konflikt zwischen dem Volk und der Diktatur wider. Die Leute werden die Rücknahme der Reform allein nicht als Lösung der Krise akzeptieren.“

Präsident Ortega schlug der Katholischen Bischofskonferenz Nicaraguas vor, die Moderation des Dialogischen zu übernehmen. Diese schickte fünf Bischöfe mit Kardinal Leopoldo Brenes an der Spitze an den Verhandlungstisch. Der Beginn des nationalen Dialogs wurde auf das Wochenende und den Montag, also vom 28. bis 30. April 2018, gelegt.

Inzwischen waren die MRS und die Partei Bürger für Demokratie (CxL) aktiv. In den sozialen Netzen riefen sie zur Einnahme Managuas, eines Platzes,

eines Rondells oder einer Universität auf. In der Bewegung „Breite Front für Demokratie“ (FAD) der MRS wirkten Leute, die Erfahrungen mit den Kampf-
formen, die beim Putschversuch zur Anwendung kamen, aus der Zeit des
Befreiungskampfes gegen Somoza haben. Die FAD-MRS half auf dem Cam-
pus der UPOLI, die Studentenbewegung „19. April“ aus der Taufe zu heben.

Am 11. Mai 2018 schickten die Bischöfe der Bischofskonferenz in Vorberei-
tung auf den ersten Dialogtisch einen Brief an die Teilnehmer. Darin forder-
ten sie die sofortige Einstellung der Gewalt, einen Waffenstillstand aller Dia-
logseiten am 19. und 20. Mai 2018 sowie die Verpflichtung der Regierung,
die Einsatzpolizei zurückzuziehen und die Gefangenen freizulassen.

Am 14. Mai 2018 veröffentlichte die Opposition das Kommuniqué „Vereint
zum Dialog“. Es war faktisch die Geburtsurkunde der Zivilallianz für Gerech-
tigkeit und Demokratie. In der Allianz vereinigten sich die Universitätskoali-
tion der Zivilgesellschaft, AmCham, FUNIDES, FAGANIC, der Nationalrat
„Verteidigung unseres Bodens, unserer Seen und unserer Souveränität“ –
Bauernbewegung, COSEP, UPANIC, Karibikküste und Zivilgesellschaft.

Am 18. Mai 2018 nahm der Dialogtisch unter „Moderation“ der Bischöfe
seine Arbeit auf. In einem ersten Tagesordnungspunkt vereinbarten die Teil-
nehmer, alle Gewaltakte in Nicaragua zu beenden. An der ersten Sitzung
nahmen Vertreter der Regierung, der Privatunternehmer, der Studenten, der
Universitäten, der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften, des ländlichen Be-
reichs, der evangelischen Kirchen sowie der indigenen und afrostämmigen
Gemeinschaften teil. Beim Thema der Gerechtigkeit nahm die Interamerika-
nische Kommission für Menschenrechte (CIDH) als Untersuchungsinstitu-
tion teil. Sie stellte die Aufklärung der Tatsachen und der Wahrheit als fun-
damentales Recht des Volkes in den Vordergrund.

Am 21. Mai 2018 fand die zweite Sitzung des Dialogtisches statt. Sie be-
schloss, Verfahrensweisen zu schaffen, um die Vorschläge der CIDH, die
sie beim Besuch Nicaraguas unterbreitete, in den Dialog einfließen zu las-
sen...

Die fünf Bischöfe hatten nicht die Absicht, zu moderieren. Sie stellten sich
faktisch an die Spitze derer, die den Sturz der Regierung forderten. Der
Schärfste unter ihnen, Monsignore Silvio Báez, Weihbischof von Managua,
prahlte damit, ein politischer Wortführer des Putsches gewesen zu sein. Er
drängte die Opposition, ihre Reihen mit Beliebigen zu füllen: Mit Abtreibungs-
befürwortern, Homosexuellen, Drogensüchtigen, Drogenhändlern und ande-

ren verfügbaren Personen. Auf einer Tonbandaufnahme ist von ihm zu hören: „Die Allianz weiß, dass wir Bischöfe sie erschaffen haben. Wenn die Allianz existiert, dann deshalb, weil wir sie machten.“



Foto: CCC / Jairo Cajina, El 19 Digital

Auf dem Foto sind acht der zehn Bischöfe der Bischofskonferenz Nicaraguas zu sehen. Von links nach rechts: Sócrates René Sándigo Jirón, Bischof von Juigalpa; Silvio José Baez, Weihbischof von Managua; Abelardo Mata, Bischof von Estelí; Kardinal Leopoldo Brenes, Erzbischof von Managua und Vorsitzender der Bischofskonferenz; Pablo Schmitz Simón, Bischof von Bluefields; Rolando José Alvarez, Bischof von Matagalpa; Bosco Vivas Robelo, Bischof von León und Jorge Solórzano Perez, Bischof von Granada. Zur Gruppe der Vermittler und Zeugen gehörten: Kardinal Leopoldo Brenes, Monsignore Rolando Álvarez, Monsignore Jorge Solórzano, Monsignore Bosco Vivas und Monsignore Silvio Báez.

Die Bischöfe, die diplomatische Immunität genießen, versuchten, dem Putschversuch ein respektables Gesicht zu geben. Während sie sich als Vermittler aufspielten, bedrohten sie den Präsidenten. So schlug Weihbischof Báez vor, Daniel Ortega und Rosario Murillo einem Exekutionskommando zu übergeben. Sie zettelten Straßenschlachten an und nahmen, wie Videos zeigten (<http://www.tortillaconsal.com/tortilla/node/6794>), direkt an Folterungen an FSLN-Mitgliedern und Polizisten teil. Sie halfen den Anführern des Staatsstreiches und sicherten die Logistik für die Terroristen. Mit der aufgepflanzten Standarte des Vatikans auf ihren Jeeps, brachten sie den Putschisten Verpflegung, Kleidung und Geld, verbargen Waffen und Geld in den Kellern der Kirchen. Als es brenzlig wurde floh Báez, der öffentlich die Putschanführer ermahnte, die Kampfplätze nicht zu verlassen, nach Costa Rica.

Die Bischofskonferenz Nicaraguas agierte im Konzert mit anderen Putsch-Akteuren wie COSEP, Liberalen, Konservativen, MRS, in- und ausländischen Nichtregierungsorganisationen sowie der USA-Botschaft in Managua. Es war deshalb folgerichtig, dass Präsident Ortega ihr die Vermittlerfunktion im Nationalen Dialog entzog. Der Papst nahm diese Entscheidung zur Kenntnis. Er schickte den Nuntius von Managua Waldemar Stanislaw Sommertag an den Verhandlungstisch und rief sein Sorgenkind, den Putschhelfer Weihbischof Silvio Báez von Managua zu sich in den Sankt Petrus.

In diese Ereignisse hinein verstarb am 3. Juni 2018 Kardinal Miguel Obando y Bravo. Er war ein Gegner der Somoza-Diktatur, aber auch ein Gegner der Ortega-Regierung in den 1980er Jahren. Als harter Antikommunist verurteilte er deren Zusammenarbeit mit Kuba, der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten. 1985 ernannte ihn Papst Johannes Paul II. zum Kardinal. Im Ergebnis des Escipulas-II-Prozesses übernahm er auf Vorschlag Daniel Ortegas den Vorsitz der Friedens- und Versöhnungskommission. Ihre Aufgabe sollte sein, die Demobilisierten aus der Sandinistischen Armee und den Contra-Verbänden wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Nach 1990 ließ ihn die Chamorro-Regierung mit dieser Aufgabe im Regen stehen. Nach der Übernahme der Regierung durch Daniel Ortega im Januar 2007, aktivierte dieser die Friedens- und Versöhnungskommission mit Kardinal Obando y Bravo an der Spitze. Die Kommission leistete eine bemerkenswerte Arbeit bei der Klärung ungelöster Eigentumsfragen.

„Die Bischöfe verlieren die Kontrolle über ihre Schöpfung“, meinte *Informe Pastran* am 20. August 2019. Und weiter: „Im Februar 2019 kontrollierten bereits die Unternehmerverbände die Zivilallianz. Sie ließen offen, ob die politischen Parteien ausgeschlossen bleiben.“

Am 4. Oktober 2018 stellte sich in Managua die „Blauweiße Nationale Einheit“ vor. Außer der Zivilallianz und der Artikulation der Sozialen Bewegungen, denen Sektoren der Studenten und Schüler, Bauern, soziale Bewegungen, Feministinnen, Indigene, und Unternehmer angehören, folgten dem Vorschlag, sich zu vereinen, politische Organisationen wie die FAD-MRS und Plattformen der Zivilgesellschaft wie die Universitäts-Koordinierung (CUDJ) und die Bewegung 19. April aus verschiedenen Departements. Die oppositionellen Organisationen brauchten Wochen der Diskussion und Annäherung, um diese „Blauweiße Nationale Einheit“ zu bilden. Wortführer der Blau-Weißen sind unter anderem Michael Healy, Vorsitzender der Vereinigung der Landwirtschaftlichen Produzenten (UPANIC) und Mitglied der Zivilallianz, Carlos Tünnermann Bernheim, Sprecher der Zivilallianz und Mónica López Baltodano von der Artikulation der Sozialen Bewegungen.

Im Manifest der „Blauweißen Nationalen Einheit“ wird die „Ortega-Murillo-Diktatur“ für „eine tiefe Krise der Menschenrechte, der Verletzung der Verfassung und der Gesetze“ verantwortlich gemacht. Als Ziel formuliert das Manifest, „ein Nicaragua mit Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Institutionalisierung und Achtung der Menschenrechte aufzubauen. Um das zu erreichen, ist der sofortige Rücktritt der Regierung Ortega-Murillo auf demokratischem Weg unausweichlich. Forderung der Stunde sind vorgezogene und kurzfristige Wahlen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene unter nationaler und internationaler Beobachtung“.

Am 10. Mai 2019 erklärte der liberale Abgeordnete Wilfred Navarro, der zum Regierungspart am Verhandlungstisch gehört: „Die Zivilallianz hat weiterhin ihre internen Widersprüche und Spaltungen... Sie kochen eine ‚Buchstaben-suppe‘, die es uns nicht erlaubt, konzertierte Beschlüsse anzunehmen.“

Was war passiert? Am 9. Mai 2019 hatte die Regierungsdelegation einen weiteren Vorschlag zur Lösung der Probleme des Landes vorgelegt. Aber mit der Allianz war kein Verhandeln. Sie heizten eine unnötige Diskussion über ihre vier Präsidentschaftskandidaten an. Am Verhandlungstisch redeten sie über Frieden, in den Medien und sozialen Netzen verbreiteten sie Hass und Gewaltbereitschaft. Die Regierung dagegen erfüllte entsprechend der Vereinbarungen Schritt für Schritt ihre Verpflichtungen. Sie ließ über tausend Gefangene frei, obwohl diese die Gesetze verletzt hatten.

Am 20. Mai 2019 verkündete die Zivilallianz für Gerechtigkeit und Demokratie, sich zeitweilig vom Verhandlungstisch zurückzuziehen, erklärte aber gleichzeitig, dass sie die Hoffnung habe, dass der von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) unterstützte Dialog fortgesetzt wird. Als Grund für den Rückzug gab die Allianz die „Ermordung des politischen Gefangenen Eddy Antonio Montes Praslin durch einen Gefängniswärter“ an. Laut Information des Innenministeriums griffen am 16. Mai 2019 im Gefängnis „La Modelo“ von Managua Häftlinge, unter ihnen Eddy Montes, das Gefängnispersonal des Sicherheitsbereiches an, um an Waffen zu kommen. Das Wachpersonal wehrte sich und dabei wurde Eddy Montes erschossen.

Wer war Eddy Antonio Montes Praslin? Er stammte aus Matagalpa, Nicaragua, hatte aber die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Seine Mitgefangenen nannten ihn „El Pastor“ (Der Hirte), weil er für sie Abendandachten abhielt. Im Oktober 2018 verhaftete die Nationale Polizei Eddy Montes. Zusammen mit anderen hatte er die Klinik der Polizei von Matagalpa geplündert und Teile des Bürgermeisteramtes von Matagalpa ausgeraubt und abgebrannt. Die Staatsanwaltschaft klagte die Truppe wegen Terrorismus,

schwerem Raub, Behinderung der öffentlichen Dienste und Brandstiftung an. Das Verfahren ist noch nicht beendet.



Eddy Montes bei seiner Festnahme, links außen in der Reihe der Komplizen. Foto: Leandro Zuniga auf El 19 Digital

Am 2. August 2019 veröffentlichte die Zivilallianz ein Kommuniqué. Sie begründete darin erneut ihren Rückzug vom Verhandlungstisch mit dem „Mord“ an Eddy Montes. Die Allianz sah sich vom Generalsekretariat der OAS unterstützt. Das hatte am 28. Juni 2019 in einer Resolution die nicaraguanische Regierung ermahnt, „die Verträge aus den Verhandlungen vollständig zu erfüllen und bereit zu sein, einen ernsthaften, glaubwürdigen, effektiven und aufrichtigen Dialog mit der Zivilallianz zu führen“.

Im Kommuniqué der Allianz heißt es: „Angesichts der neuen Herausforderung durch das Regime laden wir alle demokratischen Kräfte des Landes ein, die Anstrengungen der Einheit und Organisation zu vervielfachen, um den zivilen und friedlichen Kampf fortzusetzen, den Regierungswechsel auf demokratischem Weg zu erlangen und die Versuche abzuwehren, eine kosmetische, die Pfründe sichernde und ausschließende Wahlreform durchzuführen zu wollen, die die Fortsetzung des Regime an der Macht erleichtert.“

Am 16. August 2019 veröffentlichte die Zivilallianz für Gerechtigkeit und Demokratie ein weiteres Kommuniqué „Unsere Organisation stärken“, in dem sie darüber informierte, dass sie sich neu strukturiert habe, um ihre Arbeit zu

verstärken. Dr. Carlos Tünnermann wurde zum Generalkoordinator der Allianz ernannt. Hervorgehoben werden „die Standhaftigkeit, die Ehrenwürdigkeit und die Integrität des Doktors, die eine Referenz für die Organisation und ein Wegweiser im Kampf für Recht und Freiheit sind“.

Die Allianz wählte einen Exekutivrat aus acht Mitgliedern für ein Jahr ohne Möglichkeit der Wiederwahl als Organ der Durchführung und Fortsetzung aller Aktionen, die das Plenum der Allianz beschließt.

Der Vorstand der Zivilallianz für Gerechtigkeit und Demokratie



Foto: La Prensa / R. Fonseca

Sitzend: Erster von links José Adán Aguerri, COSEP; Dritter von links Dr. Carlos Tünnermann, Vorsitzender; Erste von rechts Azahálea Solís, Frauenbewegung für Abtreibung;

Stehend: Zweite von links Sandra Ramos, Bewegung der arbeitenden und arbeitslosen Frauen; Dritter von rechts Dr. Ernesto Medina, Rektor der Amerikanischen Universität Nicaragua; Erster von rechts Edwin Carcache Davila, „Studentenführer“;

Dr. Carlos Tünnermann, der Vorsitzende der Zivilallianz, war von Juli 1979 bis August 1984 in der Regierungsjunta der Nationalen Erneuerung Bildungsminister. Nach der Wahl Daniel Ortegas zum Präsidenten Nicaragua wurde Fernando Cardenal Bildungsminister. Von August 1984 bis 1988 war Tünnermann Botschafter in Washington. Nachdem die Ortega-Regierung Richard Huntington Melton und sieben weitere US-Amerikaner ausgewiesen hatte, wurde Tünnermann vom Kabinett Reagan ausgewiesen.

Edwin Carcache Davila für den Studentensektor. Er gilt als einer der Anführer der Studentenbewegung „19. April“. An welcher Universität er studierte oder studiert, ist nicht bekannt. Am 2. September 2018 nahm er mit seiner Truppe maskierter und bewaffneter Terroristen am „friedlichen Marsch“ der Zivilallianz teil. Anschließend überfiel, verletzte und beraubte die Clique den Polizisten Cristian Antonio Amador Rodríguez. Danach überfielen sie auf der Straße nach Masaya eine Polizei-Patrouille. Am 6. September 2018 wurde er zusammen mit fünf anderen Jugendlichen verhaftet.

Sandra Ramos für den Arbeitersektor. Sie befand sich unter den Männern und Frauen, die in der Zeit vom 14. bis 20. Januar 2019 von der Polizei festgenommen wurden. Sie beschlagnahmte dabei zehn Feuerwaffen mit Munition, 730 Libra Marihuana (eine Libra entspricht 460 Gramm). Bei Sandra Ramos wurden 50 Libra Marihuana und ein gestohlenes Motorrad gefunden.

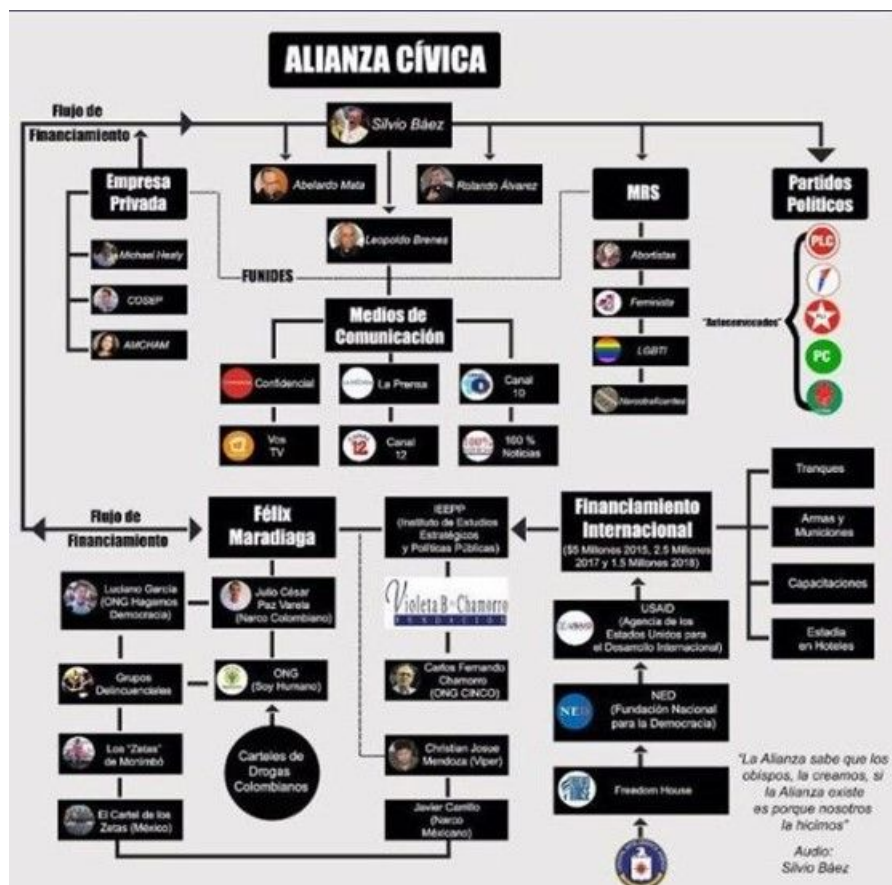
Medardo Mairena für den Bauernsektor. Er wurde festgenommen, nachdem er und seine Komplizen am 12. Juli 2018 im Landkreis Morito eine Polizeistreife angriffen, das Feuer eröffneten, fünf Polizisten erschossen und weitere verletzten. Er gehörte zu den führenden Köpfen der Barrikaden in Rio San Juan.

Daisy George für die Karibikküste. Sie ist Soziologin und Mitglied der Beratergruppe der Allianz im Dialog.

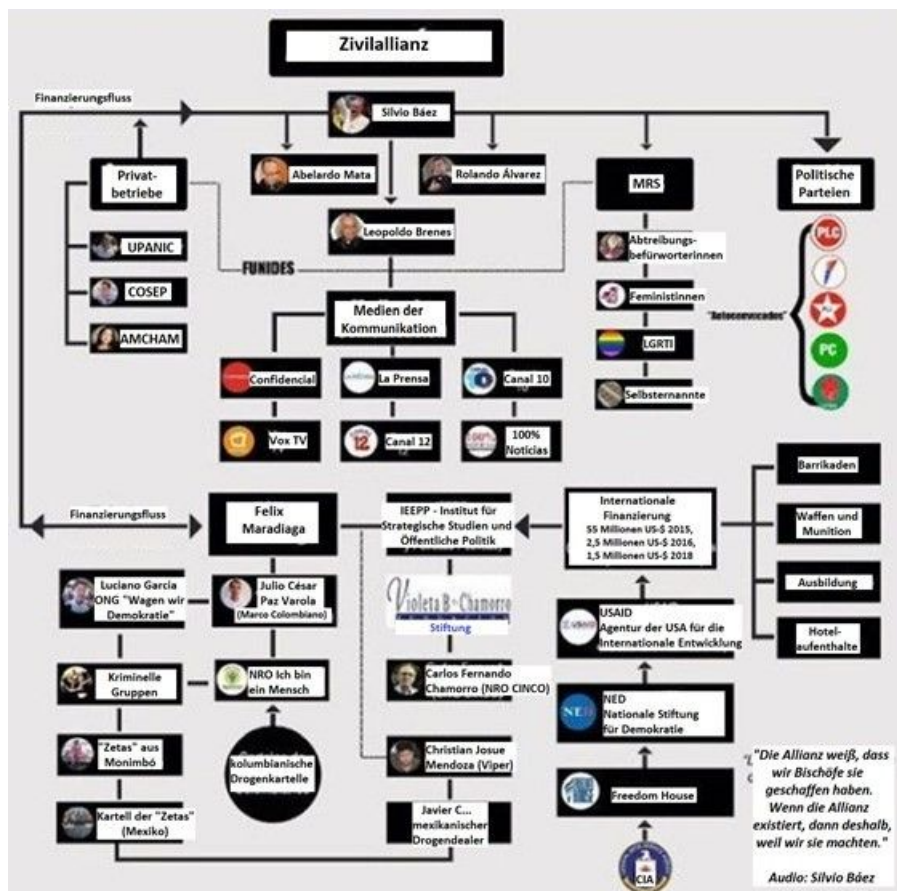
Dr. Ernesto Medina für den akademischen Sektor. Er ist Chemiker und Rektor der Amerikanischen Universität Nicaraguas. Als 21-jähriger kam Medina im Oktober 1974 nach Deutschland, wo er bis 1980 als DAAD-Stipendiat an der Georg-August-Universität Göttingen studierte und promovierte. 2010 wurde er für seine Verdienste bei der Gestaltung der Beziehungen zwischen Nicaragua und der BRD, besonders der Partnerschaft zwischen Leon und Hamburg, mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Azahálea Solís für die Zivilgesellschaft. Sie ist nicaraguanische Feministin und Mitglied der Autonomen Frauenbewegung (MAM). Die MAM befürwortet die Abtreibung. Sie vertritt die Meinung, dass die Regierung von Daniel Ortega lediglich einen militärischen Sieg errungen hat und dass sie eine militärische Lösung wollte. „Deshalb bezeichnet sie die Oppositionellen als Putschisten und Terroristen.“

El Cronograma de la Oposición Golpista de Nicaragua, sus integrantes y sus patronos y financiadores



Chronogramm der Putsch-Opposition Nicaraguas, ihrer Mitglieder, Schutzherrn und Finanziere



José Adán Aguerri für den Sektor der Privatbetriebe. Er ist Präsident des Obersten Rates der Privatbetriebe (COSEP). In den vergangenen Jahren befürwortete er die Zusammenarbeit der Regierung mit den Gewerkschaften und Unternehmern. Als in dieser Troika die Reform der Sozialversicherung beraten werden sollte, vertrat er den harten Kurs des IWF. Da die Regierung nicht nachgab, zog sich COSEP aus der Troika zurück. Vor dem Zustandekommen der ersten Dialogrunde im Mai 2018 kritisierten andere Unternehmerverbände COSEP für die Zusammenarbeit in der Troika. Später nahm man COSEP in die Allianz auf.

José Pallais für den politischen Sektor. Er war Vizeminister für Regierungs- und Außenpolitik Nicaraguas in der Regierung von Violeta Chamorro (1990-1997). Von 2007 bis 2012 war er Abgeordneter der Konstitutionellen Liberalen Partei (PLC) in der Nationalversammlung Nicaraguas und Vorsitzender der Justizkommission.

Juan Sebastián Chamorro wurde zum Geschäftsführer gewählt. Er ist der Neffe von Ex-Präsidentin Violeta Barrios de Chamorro. Er schloss 1994 ein Wirtschaftsstudium an der Universität von San Francisco und 1996 ein Studium für Sozialwissenschaften an der Universität von Georgetown ab. Vor kurzem wurde er zum Geschäftsführer der Nicaraguanischen Stiftung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (FUNIDES) ernannt.



Foto: La Voz del Sandinismo

Außerdem bildete die Allianz sechs Kommissionen:

Kommission für die Aufnahme neuer Mitglieder und Erweiterung der Vertretung der Zivilallianz;

Kommission für politische Führung, Bildung von Bündnissen und Wahlreformen, um beobachtete, freie, transparente und vorgezogene Wahlen zu erreichen;

Kommission für internationale Beziehungen, um den Kampf an der internationalen Front zu koordinieren;

Kommission für Kommunikation und Positionsbestimmung;

Kommission für Verwaltung und

Kommission für Prüfung und Sicherheit, zuständig für die Themen Gerechtigkeit und Menschenrechte.

FUNIDES

steht im Chronogramm der Zivilallianz auf der Verbindungslinie zwischen Privatunternehmen und MRS. FUNIDES ist eine nicaraguanische Denkfabrik, die 2006 von USAID mit einer dunklen Agenda in Voraussicht auf einen eventuellen Wahlsieg Daniel Ortegas als Störfaktor gegründet wurde.

Privatbetriebe finanzieren die Zivilallianz



UPANIC ist die Vereinigung der großen landwirtschaftlichen Produzenten. Sie ist in der Zivilallianz vertreten. Ihr Präsident ist Michael Healy. Er vertritt UPANIC am Dialogtisch und gilt als einer der schärfsten Gegner der Ortega-Regierung. „Wir verhandeln hier nicht um Reformen. Die Regierung muss weg.“

Foto: La Prensa

COSEP, der Oberste Rat der Privatbetriebe, vertritt seinen Sektor in der Zivilallianz. José Adán Aguerrí ist, wie bereits erwähnt, Präsident von COSEP.

AmCham ist die Abkürzung für die Amerikanische Handelskammer, die auch in Nicaragua einen Ableger hat. Sie ist eine lokale Organisation von Betrieben in Managua und vertritt diese in der Zivilallianz. Viele Ihrer Betriebe sind internationale Unternehmen mit Büros in Nicaragua. Präsidentin von AmCham in Nicaragua ist María Nelly Rivas.

Politische Parteien

Im Chronogramm stehen die Namen folgender politischer Parteien: Konstitutionelle Liberale Partei (PLC), Nicaraguanische Liberale Allianz (ALN), Unabhängige Liberale Partei (PLI), Konservative Partei (PC) und Allianz für die Republik (APRE). Sie sind in der Nationalversammlung mit Abgeordneten vertreten. Ihr politischer Einfluss ist gering, was ihnen seitens der Zivilallianz den Vorwurf einbringt, mit der Ortega-Regierung zu kungeln. Ihre Zustimmung in der Bevölkerung ist begrenzt. Noch sind sie von der Zivilallianz ausgeschlossen, aber es fließt Geld.

MRS

Die MRS wird von den politischen Parteien getrennt aufgeführt. Das hat sich die MRS regelrecht „erkämpft“. Ihre Verbundenheit mit den Scharfmachern im Repräsentantenhaus der USA ist offenkundig. Die MRS bewegte sich unter Missbrauch des Attributs „Sandinistisch“ kontinuierlich nach rechts. Die USA-Rechtsaußen, deren Vorfahren Sandino ermorden ließen, sind heute ihre besten Freunde. Die MRS ist bereit, die USA-Administration für die Intervention zu gewinnen.

Nach der Entlassung der MRS-Abgeordneten aus der PLI-Fraktion im Mai 2016, gründete die MRS die „Breite Front für Demokratie“ (FAD)). Sie nennt sich heute FAD-MRS und ist Wortführer in der blauweißen Allianz. Ihre Verbündeten sind Abtreibungsbefürworterinnen, Feministinnen, Schwule und Lesben sowie selbsternannte Studentenorganisationen wie die (M19). Aktuelle Präsidentin ist Suyén Barahonaahona.



Foto: www.youtube.com

Massenmedien

La Prensa, die Tageszeitung, gehört seit 50 Jahren den Chamorros. In den 1980er Jahren kritisierte sie die sandinistische Politik, vor allem die „sozialistische Wirtschaftspolitik“. Bereits in diesen Jahren erhielt die Zeitung Gelder von der NED. Heute ist das Medienimperium wieder im Finanzierungsnetz mit der NED verstrickt. La Prensa ist antisandinistisch und USA-verbunden. Sie unterstützt die freie Marktwirtschaft und ist ein enger Verbündeter der Katholischen Bischofskonferenz Nicaraguas.

Confidencial ist eine nicaraguanische Publikation, die von Carlos Fernando Chamorro geleitet wird.

Canal 10 ist ein kommerzieller Fernsehsender in Managua, der der Gruppe RATENSA gehört und von mexikanischen Investoren gegründet wurde.

100% Noticias ist ein nationaler Fernsehsender. Sein Besitzer und Direktor ist Miguel Mora. Über die Rolle des Senders während des Putschversuches, besonders während des Überfalls auf *Tu Nueva Radio Ya*, wurde in *Informe*

Sonderausgabe August berichtet. *100% Noticias* wird von der USAID in Nicaragua finanziell unterstützt.

Internationale Finanzierung

2015: 55 Millionen US-Dollar

2016: 2,5 Millionen US-Dollar

2018: 1,5 Millionen US-Dollar

USAID ist eine Agentur der USA für internationale Entwicklungszusammenarbeit. Sie steht unter der Kontrolle des Außenministeriums, will aber angeblich unabhängig sein. Die USAID wurde 1961 von John F. Kennedy gegründet. Ihr Hauptsitz befindet sich in Washington.

NED ist angeblich eine nationale Stiftung für Demokratie. In Wirklichkeit ist sie eine US-amerikanische Denkfabrik zur Förderung der liberalen Demokratie. Der US-Kongress hob NED 1983 in Washington aus der Taufe. Sie erhält ihre Mittel aus dem Bundeshaushalt der USA, erklärt sich aber als gemeinnützige Organisation. Mit diesem Trick kann der Staat Haushaltsmittel an ausländische Organisationen über einen Dritten weitergeben. Über NED flossen 4,1 Millionen US-Dollar an NRO in Nicaragua.

Freedom House wurde 1941 von Eleanor Roosevelt und Wendell Willkie gegründet. Sie gibt vor, eine internationale Nichtregierungsorganisation zu sein und liberale Demokratien weltweit zu fördern. Ihr Hauptsitz befindet sich in Washington.

CIA muss nicht erklärt werden.

Die Finanzierungen für den Putschversuch flossen hauptsächlich in Errichtung von Barrikaden, Waffen und Munition, Ausbildung (Vorbereitung auf die Nutzung sozialer Netze) und Hotelaufenthalte für „Helfer und Berater“.

IEEPP

Das Institut für Strategische Studien und Öffentliche Politik (IEEPP), ist eine US-amerikanische Denkfabrik für Mittelamerika. Es wurde 2005 gegründet und beschäftigt sich mit der Stärkung der Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Politik für eine transparente, integrative, und demokratische Regierungsarbeit.

Violeta Chamorro steht dem Medienmonopol vor zu dem die Print- und digitalen Medien sowie Fernsehsender *La Prensa*, *HOY*, *Confidencial*, *Esta Noche*, *Esta Semana*, Forschungszentrum für Kommunikation (CINCO) und die Violeta-Barrios-Stiftung gehören.



Sie war von 1990 bis 1996 Präsidentin Nicaraguas. Nachdem sie 1997 ihre Regentschaft beendet hatte, gründete sie die Stiftung, der sie ihren Namen gab, um „Entwicklungsprojekte zur Stärkung von Friedensinitiativen“ zu schaffen. Sie trat dem Carter-Center bei, das sich für „Zusammenarbeit und Frieden“ in ganz Amerika einsetzt.

Foto: deacademic.com

Die Stiftung wird heute von ihrer Tochter Cristiana und ihrem Schwiegersohn Antonio Lacayo geleitet. Lacayo war 2006 nach dem Tod von Herty Lewites MRS-Präsidentschaftskandidat.

Carlos Fernando Chamorro ist der Sohn von Pedro und Violeta Chamorro. In den 1980er Jahren war er Abteilungsleiter für Agitation und Propaganda der FSLN und Chefredakteur der Tageszeitung *Barricada*. 1987 zog er sich aus diesen Funktionen zurück und kehrte in den Schoß der Familie heim. Er ist Direktor der Tageszeitung *Confidencial* und ein führender Kopf der Nichtregierungsorganisation CINCO.

Foto: Carlos Herrera, AFP



Konnexion Felix Maradiaga

Felix Maradiaga ist Direktor des IEEPP in Managua und gilt als nicaraguanischer akademischer und politischer Aktivist der nicaraguanischen Opposition. Er war Gründungsdirektor des Civil Society Leadership Institute (CSLI), das im Februar 2007 zur Bewegung für Nicaragua umfunktioniert wurde. Sein Institut gibt an, ein gemeinnütziges Ausbildungszentrum zu sein, dessen Mission in der Förderung einer transformativen Führung auf der Grund-

lage der Ideen von Freiheit und Demokratie und in der Aufklärung von Basisaktivisten über die Grundlagen und die Bedeutung eines gewaltlosen sozialen Wandels besteht.



Madariaga gehörte zu den Anführern des M19, die im Juni 2018 nach Washington ins Freedom House reisten, um sich mit der US-amerikanischen parlamentarischen Ultrarechten zu treffen. Sein Institut erhielt von der NED 260.000 US-Dollar. Für Maradiaga war der Mörder Medardo Mairena, Vorstandsmitglied der Zivilallianz, ein politischer Gefangener.

Foto: La Voz del Sandinismo

„Wagen wir Demokratie“ ist eine Nichtregierungsorganisation (NRO), die am 19. April 2018 auf dem Campus der privaten Universität UPOLI in Managua entstand. In sie wurden bewaffnete Terroristen integriert. Ihr Anführer ist ein gewisser Luciano Garcia. Auch er war im Juni 2018 in Washington. Die NRO erhielt seit 2014 von der NED 525.000 US-Dollar.

„Ich bin ein Mensch“ ist eine NRO mit Verbindungen zum kolumbianischen Drogenkartell.

Drogenkartelle

Julio Cesar Paz Varela (Marco Colombiano) ist ein kolumbianischer Drogenhändler mit Verbindungen zu Maradiaga und einigen NROs in Nicaragua.

Cristian Joshua Mendoza (Viper) arbeitet mit Felix Maradiaga und Julio Cesar Paz Varela zusammen. Er wird mit der NRO „Ich bin ein Mensch“ in Verbindung gebracht.

Los Zetas wurden 1999 unter Führung des ehemaligen Leutnants Arturo Guzmán Decena aus desertierten Elitesoldaten, insbesondere der militärischen Spezialeinheit der mexikanischen Armee gebildet, von denen einige im Rahmen des „War on Drugs“ ihre Ausbildung im US-amerikanischen Militärstützpunkt Fort Bragg, North Carolina, absolviert hatten. Sie wirken als überaus gewalttätiger und hoch technologisierter Arm im Auftrag Osiel Cárdenas, dem damaligen Drogenboss des Golf-Kartells. Sie begannen ihre Aktionen im Bundesstaat Tamaulipas und weiteten sie auf mehr als 20 mexikanische Bundesstaaten aus. Das Kartell ist auch in Guatemala und El

Salvador aktiv. Es gilt als die technologisch am weitesten entwickelte und gewaltbereite Verbrecherorganisation in Mexiko. Seit Februar 2010 sind Los Zetas ein eigenständiges Drogenkartell. (Quelle: Wikipedia)

Los Zetas von Monimbó sind eine bewaffnete paramilitärische Gruppe der Opposition. Sie waren die Hauptakteure der Gewaltproteste während des gescheiterten Putschversuchs in Nicaragua. „El Burro“, ein Anführer der Gruppe, erklärte, dass ihr Name zwar dem des Kartells in Mexiko gleicht, sie aber nichts mit ihm zu tun haben. Los Zetas von Monimbó bestätigten, dass sie während des gescheiterten Putschversuchs, Unterstützung von einer USA-Bürgerin erhielten, die sich „La Patrona“ nannte. Sie habe ihnen Geld, Waffen, Munition und Verpflegung übergeben. (Quelle: TeleSur)

Die Oligarchie und die Chamorro-Familie

„Der Prototyp einer Familie, die zur Oligarchie in Nicaragua gehört, ist die Familie Chamorro“, schreibt Orlando Núñez in seinem Buch „Die Oligarchie in Nicaragua“.

Am 26. Februar 1853 war der Konservative Fruto Chamorro zum Obersten Staatschef Nicaraguas bestimmt worden. Unter ihm entstand eine neue Verfassungsgebende Versammlung, die eine Verfassung ausarbeitete, mit der die Periode des Verwaltungsrates zu Ende gehen sollte. Diese Entwicklung versuchten die USA mit militärischer Gewalt zu verhindern.

Der Konservative Pedro Joaquín Chamorro y Alfaro war 1854 Bürgermeister von Granada und beteiligte sich an der Verteidigung der Stadt gegen William Walker. 1862 wurde er Senator für das Departement Granada und 1869 Mitglied des Regierungskabinetts. Als Präsident von 1875 bis 1879 vertrat er konservative und traditionalistische Positionen. (Quelle: Wikipedia)

Von 1893 bis 1910 war der Liberale José Santos Zelaya Präsident Nicaraguas. Zwischen Zelaya und der US-amerikanischen Regierung kam es zu Unstimmigkeiten. Die US-Regierung begann, die konservative Opposition in Nicaragua zu unterstützen. Im Dezember 2009 landeten US-Marines an Nicaraguas Karibikküste. Zelaya trat zurück.

Die folgenden Präsidenten, die Liberalen José Madriz (1909 bis 1910) und Luís Mena Solórzano (1910), wurden von der US-Regierung Taft nicht anerkannt. Im Mai 1911 wurde Díaz Präsident. Die USA-Regierung nahm die Beziehungen zu Nicaragua wieder auf. Im Februar 1913 unterschrieben Diego

Manuel Chamorro und der USA-Minister in Managua George Weitzel den Chamorro-Weitzel-Vertrag, um das Nicaraguakanalprojekt zu verwerfen.

Ein anderer Chamorro, Emiliano, und der USA-Staatssekretär William Jennings Bryan unterschrieben am 5. August 1914, dem Jahr, in dem der Panamakanal eingeweiht wurde, den Chamorro-Bryan-Vertrag, der festlegte, dass Nicaragua den USA alle Rechte für den Bau eines zukünftigen interozeanischen Kanals für drei Millionen US-Dollar abtritt. Der Vertrag wurde unterzeichnet, um ein Konkurrenzprojekt des Panamakanals zu verhindern.

1917 wurde Emiliano Chamorro Vargas Präsident Nicaraguas. 1923 kandidierte er erneut für das Präsidentenamt. Präsident wurde aber José Carlos Solórzano Gutiérrez von der Konservativen Partei. Im Oktober 1925 putschte Chamorro gegen den Präsidenten Carlos José Solórzano, der das Kommando an seinen verfassungsmäßigen Vize-Präsidenten Juan Bautista Sacasa übergab. Chamorro zwang Sacasa zurückzutreten und übernahm die Macht. Die USA erkannten Chamorro nicht an und zwangen ihn, zurückzutreten. Der Buchhalter eines US-Bergbauunternehmens Adolfo Díaz wurde zum zweiten Mal Präsident von Nicaragua. Die US-Marines zogen sich aus Nicaragua zurück.

Im Juni 1926 kam Augusto Cesar Sandino nach San Albino und schloss sich den Truppen der Liberalen Partei an, die sich gegen die Regierung von Emiliano Chamorro Vargas und dessen Nachfolger Adolfo Díaz erhoben hatten und die Rückkehr von Sacasas an die Regierung forderten. Das löste den sogenannten „Guerra Constitucionalista“ aus. Im August 1926 landeten US-Marines im Hafen von Corinto. Die Generäle der Liberalen Partei Moncada und Sacasa schlossen im Mai 1929 mit dem US-Gesandten Henry L. Stimson den Pakt „Espino Negro“ ab. Nach der Amtszeit von Díaz durften Moncada und anschließend Sacasa Präsident werden. Im Januar 1933 zogen die US-Marines vereinbarungsgemäß aus Nicaragua ab. Zuvor hatten sie eine nicaraguanische Nationalgarde aufgestellt und ausgebildet, deren Oberbefehl bei ihrem Vertrauten Anastasio Somoza García lag. Nach dem Abzug der US-Truppen legte die Armee Sandinos die Waffen nieder... Am 21. Februar 1934 gab Präsident Sacasa in Managua ein Bankett, zu dem auch Sandino und seine Offiziere geladen waren. Auf dem Weg dorthin wurden sie von der Nationalgarde Somozas überfallen und ermordet.

Chamorro Vargas und die Konservative Partei arrangierten sich 1950 mit dem Somoza-Regime. Der Oligarchie wurde vom Somoza-Clan eine bestimmte Anzahl von Sitzen in beiden gesetzgebenden Kammern zugesagt.

Pedro Joaquín Chamorro, der Besitzer von *La Prensa*, gründete 1977 mit anderen bürgerlichen Kräften die Demokratische Befreiungsunion (UDEL), die von den USA unterstützt wurde und eine bürgerliche Alternative zur Somoza-Diktatur werden sollte. Gespräche mit der FSLN lehnte die UDEL zunächst ab. Ende 1977 nahm Chamorro Kontakt zur Tendenz „Tercerista“ der FSLN auf. Zu ihr gehörte Daniel Ortega. Das war das Todesurteil für Chamorro. Er wurde 1978 von der Somoza-Garde auf offener Straße ermordet.

Auf Initiative der FSLN bildeten im Juni 1979 alle in Opposition zum Somoza-Clan stehenden politischen Kräfte in San José, Costa Rica, den Regierungsrat der Nationalen Erneuerung (JGRN). Seine fünf Mitglieder waren: Violeta Barrios de Chamorro (UDEL), Sergio Ramirez Mercado (Gruppe der Zwölf), Alfonso Robelo Callejas (FAO), Moisés Hassan Morales (MPU) und Daniel Ortega Saavedra (FSLN). 1980 traten Violeta Chamorro und Robelo aus dem Regierungsrat aus.

Bürgerliche Eintracht war in den 1980er Jahren in der Familie Chamorro zu Hause. Sohn Carlos Fernando leitete *Barricada*, das Organ der FSLN. Cousin Pedro führte *El Nuevo Diario*, eine unabhängige Zeitung. Und Tochter Cristiana leitete *La Prensa*.

Am 25. Februar 1990 setzte sich Violeta Chamorro als Kandidatin der von den USA unterstützten und aus 14 Parteien bestehenden Nationalen Oppositionsunion (UNO) mit 54,7 Prozent der Stimmen gegen den Kandidaten der FSLN Daniel Ortega durch und wurde Präsidentin Nicaraguas. Sie kündigte ein „Neues Zeitalter“ für Nicaragua an, das 2006 zu Ende ging und dem nicaraguanischen Volk nicht gut bekam.

Die Oligarchie greift aktuell zu einem altbewährten Mittel, das sie bereits vor 1979 zum Sturz Somozas und 1990 zur Abwahl der Sandinisten nutzte: Sie bildete „Unionen“ oder „Allianzen“ der Regierungsgegner. Bei Somoza war es die UDEL und 1990 die UNO. Heute ist es die Zivilallianz. Und immer waren und sind die Chamorros dabei.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de